

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 54

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.— monatlich M. 9.—

Halver
Samstag, den 4. März 1922

Anzeigenpreis für 11 mm Höhe und 45 mm Breite 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., im Restemerkel 1 mm hoch 90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Syndikalisierung.

Der „Zeitungsdienst des Reichs-Landbundes“ schreibt (10. 2. 22):

Beim Abbau der Zwangswirtschaft und bei der Auflösung der einzelnen Kriegsgesellschaften wandelten sich die bis dahin amtlichen Stellen in private Gesellschaften um, hielten aber ihren Geschäftsbetrieb, wenn auch nicht in vollem Umfange, mit Billigung der Regierung aufrecht und übten immer noch eine Art amtliche oder doch zum mindesten halbamtliche Funktion aus. So haben wir heute eine Anzahl von derartigen, aus der Zwangswirtschaft stammenden Gesellschaften bzw. Syndikaten, die zum Teil weitgehenden Einfluß auf die Volkswirtschaft besitzen. Uns gehen hier vor allem die folgenden für die Landwirtschaft in Frage kommenden Gesellschaften an:

1. Die „Zuckerwirtschaftsstelle“ ist die Nachfolgerin der Reichszuckerstelle. Da ihr mit ganz wenigen Ausnahmen alle Zuckerraffinerien angeschlossen sind, nimmt sie heute tatsächlich den Charakter einer Monopolstellung ein und ist so in der Lage, die Preise für Zucker und, was für die Landwirtschaft besonders wichtig ist, für Zuckerrüben zu diktiert.

2. Aus der Kriegswirtschaftlichen Glasstelle ist eine „Reichswirtschaftsstelle für Glas“ geworden, die allerdings anscheinend noch nicht den Einfluß hat wie die Zuckerwirtschaftsstelle.

3. Daneben besteht noch die „Reichsstelle für Textilwirtschaft“, die anscheinend mit Abwicklungs-geschäften betraut ist und der u. a. die Entscheidungen über die Einfuhr- und Ausfuhrbewilligungen von Textilwaren zusteht.

4. Die Ziegelinindustrie hat sich zu einem Syndikat zusammengeschlossen, das die Verbraucher von Ziegeln dazu zwingt, nur durch das Syndikat zu beziehen.

Das gleiche gilt für die Holzindustrie.

Die Bestrebungen auf Konzentration greifen immer weiter um sich und erstrecken sich bereits auf die rein landwirtschaftlichen Erzeugnisse, so z. B. auf das Gebiet des Getreides und Fleischhandels. Auch im Getreidehandel haben bereits eine Reihe von Zusammenschlüssen stattgefunden. Anfang des Jahres gründeten eine bedeutende Berliner und eine schlesische Firma die Großhandels-Alt.-Ges. für Getreide und Mühlenfabrikate mit einem Kapital von 30 Millionen Mark mit Unterstützung zweier Berliner Banken. Die neu beschlossene Gründung der Reichsgetreide-Alt.-Ges., an der die Nationalbank wesentlich beteiligt ist, geht über den Rahmen eines reinen Zusammenschlusses hinaus, denn an dieser Alt.-Ges. ist das Reich nicht unwesentlich beteiligt.

Die große Gefahr jedes Syndikats liegt, abgesehen von den Unzulänglichkeiten, die die Möglichkeit der Ausnutzung des wirtschaftlichen Übergewichts für Konsumenten und Produzenten mit sich bringt, in der großen Macht, die die Banken auf einem Gebiete erhalten, das nicht zu ihrem eigentlichen Geschäftsbereich gehört, auf dem sie aber auf Grund ihrer Selbstbeteiligung eine führende Rolle beanspruchen. Sie sind deshalb nur zu geneigt, führende Fachleute, die sich der Durchsetzung ihrer Ziele, die zum Teil lediglich den Geldgewinn im Auge haben, widersetzen, beiseite zu schieben. Schreitet die Entwicklung der Syndikalisierung so fort, so ist die Zeit nicht fern, da die Landwirtschaft nicht mehr über ihre eigenen Erzeugnisse frei verfügen kann.

Des weiteren bedeutet jedes Syndikat eine große Erleichterung der Sozialisierung. Syndikatisierte und monopolisierte Erwerbszweige sind alsbald mit einem Federstrich in Gemeinwirtschaft überzuführen. Das ist wohl auch der Grund, daß die jetzige Regierung solche Syndikats-Bildungen nicht ungern sieht. Es ist deshalb Pflicht der Landwirtschaft, sich derartigen Syndikatsbestrebungen mit allen Mitteln zu widersetzen und sich jedenfalls zum mindesten in den die Landwirtschaft berührenden Syndikaten einen maßgebenden Einfluß zu sichern.

Kleinerwucher.

Wucheranzeige des Landbundes Provinz Sachsen gegen die Reichsgetreidestelle.

Im Auftrage des Provinzial-Landbundes erstattete der Justizrat des Landbundes, Rechtsanwalt Babsi, beim Landespolizeiamt in Berlin folgende Anzeige:

„Die weitesten Kreise des Volkes, insbesondere der Landwirtschaft, sind aufs äußerste erregt über die Preispolitik der Reichsgetreidestelle.“

Ich bin beauftragt, gegen die maßgebenden Persönlichkeiten in der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle hiernit Strafanzeige wegen Wuchers und Preistreiberei zu stellen.

1. Die Reichsgetreidestelle vertreibt Kleie aus der Zeit der Zwangswirtschaft. Sie verlangt für diese Kleie für den Doppelpentner 320 Mark. Das Korn wurde seinerzeit der Zentner mit 65 Mark bezahlt. Die Reichsgetreidestelle kaufte die Kleie ab Mühle zu 37,50 Mark je 100 Kilo. Denselben Doppelpentner, den sie mit 37,50 Mark bezahlt hat, läßt sie sich jetzt mit 320 Mark ab Station bezahlen. Sie nimmt also fast 1000 Prozent für sich in Anspruch. Es ist zu beachten, daß die Ausmahlung während der Zwangswirtschaft 85 Prozent betrug, 5 Prozent sind auf Schwund zu rechnen, bleiben 10 Prozent Kleie. Da diese bei diesen Verhältniszahlen völlig minderwertig, völlig unbrauchbar ist, wird jeder Sachverständige ohne weiteres bekunden. Bei diesem Schwund, den die Reichsgetreidestelle sich mit 320 Mark je 100 Kilo bezahlen läßt, lehnt sie jede Garantie ab!!

2. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft beträgt der Umlagepreis für das zu Reserve Korn 105 Mark je Zentner. Die Kleie wurde von der Reichsgetreidestelle ursprünglich mit 150 Mark, jetzt seit acht Tagen etwa mit 130 Mark angedboten. Es ist zu beachten, daß notorisch der

Umlagepreis von 105 Mark die Kosten nicht deckt. Von Anschaffung künstlichen Düngers kann dabei keine Rede sein. Die Reichsgetreidestelle verlangt also, daß der Landwirt mit 105 Mark abliefern, wobei er zuseht, und verlangt dann von ihm, daß er das Abfallprodukt von seinem eigenen Getreide zu Viehfuttermitteln wesentlich teurer zurückkauft.

Es kann rechtlich keinem Zweifel unterliegen, daß in dem Verhalten der Reichsgetreidestelle der Tatbestand des Wuchers zu erblicken ist. Die Gegenleistung steht außer allem Mißverhältnis zur Leistung.

Die Reichsgetreidestelle nützt die Zwangslage des Landwirts aus.

Ohne die nötige Kleie ist eine Hebung der Milchwirtschaft und der Schweinemast ausgeschlossen. Der Landwirt ist auf die Kleie der Reichsgetreidestelle mit angewiesen. Ich erlaube mir schon im Eingang zu erwähnen, daß eine große Erregung namentlich durch landwirtschaftliche Kreise geht. Mit Recht wird von Wucherpreisen geredet. Rechtlich liegt ein trasser Fall des Wuchers vor.

Des weiteren kommt für das Gebaren der Reichsgetreidestelle die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 mit Nachträgen in Betracht. Es wird mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite der Sache um schleunigstes Eingreifen gebeten. Eine Verzögerung würde direkt eine Gefährdung der landwirtschaftlichen Erzeugung bedeuten.

Der Landwirt ist weder gewillt noch in der Lage, solche Wucherpreise zu bezahlen. Ohne Kleie aber ist eine Hebung der Milchwirtschaft und der Mastviehzucht ausgeschlossen.

Ich verweise auch noch auf Artikel 152 der Reichsverfassung. Mit Recht macht der Kommentar von Anschluß zur Reichsverfassung darauf aufmerksam, daß die beiden Sätze des Absatzes II des Artikels 152 Gesetze im Sinne des Absatzes I seien. Sie enthalten Schranken, die der Vertragsfreiheit auch bisher schon gesetzt waren. Satz 2 gibt eine bekannte Vorschrift des bürgerlichen Rechts, BGB. § 138, Abs. 1, unverändert wieder. Satz 1 hat eine über die geltenden straf- und zivilrechtlichen Bestimmungen gegen den Wucher hinausreichende Bedeutung. Er bindet den Richter nicht an den durch jene Bestimmungen festgelegten Begriff des Wuchers, gestattet ihm vielmehr, gewandelten sittlichen Anschauungen folgend, den Begriff des Wuchers weiter zu fassen und demgemäß Rechtsgeschäfte für verboten und (BGB. § 134) nichtig zu erklären, die von jenen Bestimmungen nicht erfasst werden.

Namens des Landbundes der Provinz Sachsen erstatte ich also hiernit Strafanzeige gegen die Reichsgetreidestelle bzw. deren verantwortlichen Organe wegen Wuchers und Preistreiberei.

Halte, den 30. Januar 1922.

Babsi,

Rechtsanwalt und Notar, Justizrat des Landbundes Provinz Sachsen.

Auf die Behandlung dieser Strafanzeige darf man gespannt sein. Es gibt doch in der Tat zu denken, daß die Reichsgetreidestelle das Umlagegetreide mit 105 Mark bezahlt und für das daraus gewonnene Abfallprodukt, die Kleie, 160 Mark fordert!

Die Stimmung im Bauernstade.

Wachsende Entrüstung über das Umlageverfahren für Brotgetreide.

Folgende an die Reichsregierung gerichtete Entschlüsse der bauerlicher Körperschaften geben zu denken: 1. Coburger Bauernverein, Bezirksgruppe des Bundes der Landwirte in Bayern (4. 2. 22):

„Die bayerische Landwirtschaft lehnt jede Art von wirtschaftlichen Zwang ab. Nur bei unbedingter Freiheit der Bewirtschaftung ist eine erhebliche Steigerung der Nahrungsmittelgewinnung zu erwarten. Schon die Erörterung der Frage einer Zwangsanleihe wird von den nachteiligsten Folgen begleitet sein. Da noch gar nicht feststeht, in welcher Form und Höhe sie gedacht ist, wird sie den Willen der Landwirtschaft lähmend beeinflussen, so daß die Aussicht schwindet, die heimische Bevölkerung mit den Erzeugnissen der eigenen Scholle zu ernähren. Die Verantwortung für die ungünstige Entwicklung einer verfehlten Steuerpolitik und falschen Ernährungspolitik hat die Reichsregierung zu tragen.“

2. Mit Entrüstung nimmt die Vertreterversammlung des Landbundes Kreis Lebus von der Erklärung des Reichsernährungsministers Kenntnis, daß anscheinend im nächsten Jahre an dem Umlageverfahren festgehalten werden soll.

Das Umlageverfahren, auch ein sogenanntes veredeltes, ist nur geeignet, die Produktion zu hemmen.

Die Landwirtschaft des Kreises Lebus ist überzeugt, daß bei völliger freier Bewirtschaftung des Getreides die Brotversorgung der Bevölkerung nicht teurer erfolgen wird als heute mit dem Umlageverfahren, bei dem der Brotpreis bereits auf 12 Mark hochgeschwemmt ist. Jede Art der Zwangswirtschaft muß abgelehnt werden.

Die Vertreter des Landbundes Lebus sind sich völlig einig, daß die Landwirtschaft die Fortsetzung des Umlageverfahrens als einen Bruch des Regierungsversprechens betrachtet, sie sind sich ferner einig, daß alle Landwirte hinter ihnen stehen werden, jederzeit der Umlage- und Zwangswirtschaft sich mit den äußersten Mitteln zu widersetzen und richten daher an den Brandenburgischen und Reichs-Landbund heute schon die Anforderung, die Landwirtschaft gegen jede Art der Zwangswirtschaft mobil zu machen.

3. Die im Thüringer Bauerheim zu Erfurt tagende Delegiertenversammlung des Landbundes Provinz Sachsen, Bezirk Erfurt, fordert von der Reichsregierung unbedingt eine bindende Erklärung dahingehend, daß im Wirtschaftsjahr 1922 keine irgendwie geartete öffentliche Bewirtschaftung des Getreides mehr stattfindet. Die deutsche Landwirtschaft kann die von ihr gewollte große Hilfsaktion zur Rettung des schwer bedrohten Vaterlandes niemals durchführen, wenn ihr nicht zu der unerläßlichen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Hände völlig frei gegeben werden. Die Delegiertenversammlung erwartet, daß der Vor-

stand des Reichs-Landbundes diese Forderung der Reichsregierung gegenüber mit größtem Nachdruck geltend macht.

4. Die am 20. 1. versammelten Vertreter der Landwirtschaft aus allen Orten des Kreises Niederbarnim haben mit Entrüstung aus Äußerungen des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft entnommen, daß man mit dem Gedanken umgeht, der Landwirtschaft im kommenden Wirtschaftsjahr eine veredelte Umlage für Brotgetreide zuzumuten. Dies widerspricht schroff allen der Landwirtschaft im vergangenen Jahre gemachten Zusagen. Wir fordern vom Reichs-Landbund, daß die ganze Macht der Organisation so frühzeitig und mit beratiger Wucht gegen derartige Pläne aufgeboten wird, daß sie bereits im Reine erstickt werden. Wir stehen dabei fest hinter unseren Führern und werden ihren Weisungen rücksichtslos folgen. Wir erklären hierdurch aber auch, daß wir uns einem neuen Zwange nicht beugen werden, und daß wir fest entschlossen sind, mit dem Ende dieses Wirtschaftsjahres auch zur völlig freien Wirtschaft des Getreides überzugehen.

Da das Umlageverfahren bekanntermaßen völlig versagt hat und das aus dem Umlagegetreide hergestellte Markenbrot zurzeit schon den Preis des im freien Handel käuflichen Brotes erreicht hat, sieht zu hoffen, daß die Reichsregierung solche Sturmzeichen, die tausendfach vorliegen, für das kommende Erntejahr beachtet. Anderenfalls trägt den Schaden doch nur der Verbraucher.

Das Hilfswerk der Landwirtschaft auf dem Reichs-Landbundtag.

Die großangelegte Rede des Vorsitzenden des Reichs-Landbundes, Reichstagsabgeordneten Dr. Koeside, auf der gewaltigen Bauerntagung in Hannover hat das von der Landwirtschaft geplante Hilfswerk nochmals in seiner umfassenden volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung, aber auch in all seinen Schwierigkeiten unterstrichen. Von 1871 bis 1914 hatte sich nach Ausweis der Statistik die landwirtschaftliche Erzeugung stark gehoben, und zwar in rascherem Schritt als die Vermehrung der Bevölkerung. Das Hilfswerk will diese gesteigerte Erzeugung erneut erzwingen, aber — das ist letzten Endes der Kern — die früher in Jahrzehnten erreichte Ertragsvermehrung soll auf möglichst kurze Zeit zusammengedrängt werden. Wie aber die Landwirtschaft zu dem Unternehmen aus eigenem Antrieb gekommen ist, so soll auch die Durchführung die Überschrift freiwillig tragen; jeder Zwang soll ausgeschlossen sein. Selbst die Beschaffung des Kredits, der ja vermutlich überaus stattliche Summen erfordern wird, soll die Schranken der Selbstverwaltung niemals überschreiten.

Werden schon innerhalb des landwirtschaftlichen Berufsstandes selbst noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, so ist das Hilfswerk — seine Adressierte — zugleich von der Einsicht der Regierung und der wohlwollenden Unterstützung durch die anderen Berufsstände in hohem Maße abhängig. Der Eisenbahnerfreit hat freilich gezeigt, wie das nicht erfolgen darf. Unleugbar aber können neben der Wissenschaft auch Industrie und Gewerbe, auch Handel und Arbeiterschaft unendlich viel zur erleichterten Durchführung des für die deutsche Zukunft entscheidenden Werkes beitragen.

Eingelne Blätter glauben beanstanden zu müssen, daß Abg. Koeside in Hannover wieder einen angemessenen Einfluß der Landwirtschaft auf die Zusammensetzung der Regierung gefordert hat. Bedarf es aber wirklich noch besonderen Nachweises, daß die in der Landwirtschaft vereinten zahlreichen und wertvollen Kräfte für die positive Mitarbeit im Staatsleben erst voll gewonnen sind, wenn sie z. B. zum preussischen Landwirtschaftsminister als zu ihrem Vertrauensmann aufrücken können? Ist es wirklich ein großes Unglück, aus dem parteipolitischen Anhang wenigstens ein einziges Ministerium auszuheben und es mit einem Fachmann zu besetzen, der Einfluß auf die Landwirtschaft hat, weil er ihr Vertrauen genießt? Aber einzelne Blätter haben ja sogar den Ruf nach freier Wirtschaft beanstandet. Welch großartiger Widerspruch, einerseits dem Vogel die Flügel zu beschneiden und ihn andererseits doch zum Fluge in höchste Höhen aufzufordern!

Wer den Dingen unboreingenommen gegenüberzutreten strebt, kann sich des in Hannover gegebenen Heißnusses zu großer Hilfsstat nur aufrichtig freuen. Politik und Wirtschaft sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Die deutsche Wirtschaft mußte schwach werden, weil 1918 uns (durch eigene Schuld) das politische Rückgrat zerfallen wurde. Wir werden aber auch politisch wiedererstarken, wenn, insbesondere auf dem Wege des landwirtschaftlichen Hilfswerkes, die wirtschaftlichen Kräfte neuen Aufstiegs erzwingen. Gerade diese Gesichtspunkte sollten dem landwirtschaftlichen Hilfswerk in allen Volksteilen jedwedes Maß von Verständnis und Unterstützung erschließen.

Mostaus Erwachen.

Neues Leben in der Kremfabrik.

Die Nachrichten aus Rußland stimmen darin überein, daß sich unter dem Einfluß der wirtschaftspolitischen Wendung der Regierung wenigstens in den Zentren wieder neues Leben zu regen beginnt. „Moskau erwacht wieder“, so schreibt der Berichterstatter eines italienischen Blattes. Das vollkommen zusammengebrochene Leben beginnt wieder zu atmen, mit einem Rhythmus, der zwar noch langsam erscheint, der sich aber allmählich, ja mit wachsender Schnelligkeit, steigert. Man erkennt die Veränderung an der größeren Lebendigkeit der Straßen, an den neueröffneten oder wiedereröffneten Geschäften, an der Wiederaufnahme aller Äußerungen des sozialen Lebens. Da und dort findet man Arbeiter herrschend, ausbessernd, reinigend. Der Straßenverkehr nähert sich zu bestimmten Stunden und in gewissen Gegenden schon wieder dem der Vorkriegszeit.

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Gnepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 54

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27,—
monatlich M. 9,—

Halver
Samstag, den 4. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Restmetell 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten und
die Unterhaltungsbeilage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Reformen in der Post- und Telegraphenverwaltung zugegangen.

* Bei den Genfer Verhandlungen erwartet man jetzt einen Schiedspruch Calenders nicht nur in der Liquidationsfrage, sondern auch in der Frage des Minderheitenschutzes und in der Währungsfrage.

* Bei der Debatte der Vorschaltkonferenz über die Luftfahrtskontrolle in Deutschland wurde von englischer Seite erklärt, daß eine Dauerkontrolle nur dann eingeführt werden könne, wenn die Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort geräumt werden.

* Lloyd George hat wegen Differenzen innerhalb der Regierungskoalition mit dem Rücktritt vom Ministerpräsidenten gedroht.

* Die baltischen Staaten wollen in Genua ihre Neutralisierung fordern.

* Der amerikanische Senat nahm mit 62 gegen 22 Stimmen den Vertrag über die Insel Yap an.

Zwischen zwei Stühlen.

Nachdem auch die meisten führenden Entente-Politiker zum Teil recht wider Willen haben einsehen müssen, daß die Fortsetzung der Politik von Versailles weder zur Erfüllung der Wünsche beiträgt, die man damals in Paris und London mit Hilfe jenes unglaublichen Diktatfriedens verwirklichen zu können glaubte, noch weniger aber zur Lösung der gemeinsamen großen Aufgabe des europäischen Wiederaufbaues beiträgt, hat man sich drüben keineswegs zu dem klaren Entschluß ausgegossen, nunmehr endlich andere Wege zu betreten, sondern ist in eine Methode des Hin- und Herschwankens, des Vor- und Rückwärtsschreitens, der Konferenzen ohne Beschlüsse und der Neben ohne Taten hineingekommen, aus der auch zurzeit noch kein Ausweg sichtbar wird. Die Ursache dieses Zwischenfalls liegt natürlich in erster Linie darin, daß einer der Hauptteilnehmer an den entscheidenden Beschlüssen über die internationale Politik, Frankreich, jeder Forderung der Versailler Methode der bestmöglichen Wiederaufbau entgegensteht, obwohl auch dort manche einsichtigen Wirtschaftspolitiker längst gemerkt haben, daß ein Wiederaufbau Frankreichs niemals mit einem völligen Zusammenbruch Deutschlands Hand in Hand gehen kann, und daß nicht die einseitige Gewaltpolitik gegenüber dem Besiegten, sondern nur internationale Zusammenarbeit auch einen neuen internationalen Aufschwung mit sich bringen kann. Viel stärker hat diese Erkenntnis in England und Wurzeln geschlagen. Aber auch dort ist man an führender Stelle nicht zu einer klaren Wendung und zu einem entschiedenen neuen Kurs übergegangen. Man möchte wohl, aber teils wagt man nicht, teils weiß man nicht wie.

Die Folgen dieser inneren Unentschiedenheit und Unentschlossenheit bekommt jetzt derjenige Mann, der zur dauernden Enttäuschung Deutschlands dieses ewige Schwanken allmählich geradezu personalisierte, am ehesten zu spüren. Der englische Ministerpräsident Lloyd George fühlt seit einiger Zeit den Boden unter seinen Füßen wanken. Den Standpunkt von Versailles, wo er mit Clemenceau und Wilson im Bunde die groteske Lüge von der alleinigen deutschen Kriegsschuld als Grundstein in das Gebäude des Versailler Diktates einmauerte, hat er auf Grund seiner Beobachtungen vom dauernden Niedergang der englischen Wirtschaft innerlich längst aufgegeben. In einer Reihe schöner Reden hat er sich auch zum Lob und Preise einer vernünftigen Welpolitik, eines „ehrlichen Spieles“ gegen Deutschland und der Aufhebung eines wahrhaften dauernden Friedens aufgeschwungen. Niemals aber hat er bis jetzt seinen Worten die entsprechenden Taten folgen lassen, und bei seinem Hin- und Herschwanke zwischen dem früheren und dem künftigen Standpunkt ist er jetzt in die peinliche Situation gekommen, in der er, wie man zu sagen pflegt, zwischen zwei Stühlen sitzt. Seine eignen Vorgesetzten sind nicht sentimental genug, um ihn ihr Mißfallen an solchen Kreuz- und Quersprüngen nicht auch deutlich fühlen zu lassen. Eine Reihe von Nachwahlen zum englischen Unterhaus, die in den letzten Monaten stattfanden, haben fast regelmäßig überraschende Mehrheiten gegen die Regierung Lloyd Georges ergeben, und mit wachsender Besorgnis blickt man in englischen Regierungskreisen auf die zunehmende Mißstimmung in den verschiedenen Parteilagern, welche ganz geeignet erscheint, die starke Regierungskoalition, deren Grundlagen noch in die Kriegszeit zurückreichen, allmählich zu zerbröckeln. Die Anhänger der alten imperialistischen Politik, also diejenigen, die im wesentlichen noch auf dem Standpunkt von Versailles stehen, können es dem Ministerpräsidenten nicht verzeihen, daß er in Irland und in Ägypten den so lange Zeit hindurch aufrecht erhaltenen reinen Machtsstandpunkt der britischen Welt Herrschaft zum größten Teil aufgegeben hat. Die Vertreter fortschrittlicher, auf wirtschaftlicher Grundlage aufgebauter Ideen wiederum sind mit Herrn Lloyd George nicht einverstanden, daß er nach jeder seiner schönen Programmen und zielbewußten Reden in Paris nachgegeben hat und damit jeden wirklichen Fortschritt unmöglich machte. Das Ergebnis der letzten Besprechung in Boulogne wird auch in England vielfach dahin ausgelegt, daß man nunmehr von der Konferenz von Genua kaum etwas anderes als eine neue geistvolle Rede, nicht aber wirklich nützbringende gemeinsame Beschlüsse erwarten kann. Man nimmt daher an, daß, wenn nicht früher, so wohl spätestens nach der Konferenz von Genua das britische Reich nach einer jahrelangen inneren Instabilität ebenfalls wieder einmal in eine Regierungskrisis hineinkassiert wird.

Lloyd George selbst ist nur über die Sachlage natürlich nicht im klaren. Er hat dieser Tage an Chamberlain, der neben Balfour und Churchill in erster Linie als sein Nachfolger in Frage kommt, einen Brief geschrieben, in welchem er den Spiegel umdreht und sich darüber beklagt, daß er die demütigenden Verhältnisse, die durch die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition geschaffen sind, nicht länger ertragen wolle. Er kündigte besonders den Führern des unionistischen Flügels der Koalition an, daß sie zwischen zwei Alternativen wählen müßten, entweder sei die Koalition vollkommen loyal, oder er trete als Erster Minister und Führer der Koalition zurück. Das ist die offene Rücktrittsdrohung eines Mannes, der selbst stark die Gefahr seines Sturzes empfindet. Es fragt sich nur, ob Lloyd George noch Zeit haben wird, seine Drohung wahr zu machen, oder ob die unaufhaltsame Entwicklung der Dinge über ihn hinweggehen wird.

Von der deutschen Seite soll gewiß nicht verkannt werden, daß Lloyd George derjenige gewesen ist, der die Gedanken einer Reform der Versailler Politik zuerst an verantwortlicher Stelle ausgesprochen hat. Es besteht aber bei uns kaum ein Grund, in Herrn Lloyd George einen besonderen Freund Deutschlands zu sehen, dessen politisches Ende man bei uns betrauern müßte. Seine haltlose Politik des Hin- und Herschwankens ist uns zeitweise fast ebenso teuer zu stehen gekommen wie die unerbüllte Naivität der Clemenceau und Poincaré, bei denen man sich in Deutschland jedenfalls niemals einer Täuschung darüber hingab, was von ihnen zu erwarten war.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das Ende der deutschen Befestigungen.

Auf Grund des Versailler Friedens müssen bekanntlich die meisten deutschen Festungen geschleift werden. Der Reichstag nahm jetzt einen dementsprechenden Bescheid, betreffend das Eingehen deutscher Festungen an der Westgrenze und an der Küste, an. Danach gehen die Festungen Bielefeld, Köln, Koblenz, Mainz, Gernersheim, die rechtsrheinischen Befestigungen von Straßburg, die Oberrheinbefestigungen sowie Friedrichsfort-Kiel und Helgoland ein. Zugleich hören dann auch die Rheinbefestigungen auf mit Ausnahme der nach Osten gerichteten Teile der Rheinfestungen, die auf Wunsch der Alliierten noch erhalten bleiben.

Steuerbefreiung der Länder und Gemeinden.

Die dem Reichstag zugegangene Novelle zum Landessteuergesetz enthält Vorschriften über die Erhebung einer Fahrzeugsteuer für den Zweck der außerordentlichen Wegabnutzung, ferner wird die Erhebung einer Vergütungssteuer seitens der Gemeinden zur zwingenden Vorschrift gemacht. Die Gemeinden dürfen auch Getränkesteuern erheben, und zwar nach dem Kleinhandelspreise mit 2 Prozent, bei Schaumwein und ähnlichen Getränken 5 Prozent, bei Brantwein 10 Prozent, oder nach der Menge: bei Bier 10 Pf., Mineralwässern 2, anderen künstlich bereiteten Getränken 5, Wein 50, weinähnlichen Getränken 20 Pf. für ein Liter, Trinktbrantwein 7,50 Mark das Liter, Fruchtbrantwein 1 Mark, andere Schaumweine 4 Mark die Flasche. Die Länder erhalten Anteile an Einkommen-, Körperschafts-, Erbschafts-, Grunderwerbs-, Umsatz-, Kettwerts-, Gewerbesteuer-, Grund- und Kraftfahrzeugsteuer. Länder und Gemeinden können Zuschläge zur Grunderwerbssteuer erheben, die Gemeinden können Zuschläge zu der erhöhten Umsatzsteuer erheben.

Gesetzentwurf zur Sicherung der Fleischversorgung.

Der Reichsernährungsminister hat dem Reichstage einen Gesetzesentwurf zugehen lassen, der eine Änderung der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bringen soll. Durch den Entwurf wird u. a. der durch Verordnung vom 19. September 1920 eingeführte Schlachtkörperzwang als allgemeine Verpflichtung aufgehoben. Ferner wird durch den Entwurf die Ermächtigung der Landeszentralbehörden für Schlachtkörpermärkte zum Zwecke der Feststellung von Preis und Gewicht der Tiere, Vorschriften zu erlassen und Einrichtungen anzuordnen, auf alle Viehmärkte, also auch auf Metz- und Schlachtmärkte ausgedehnt. Die für Verfehlung gegen das Gesetz bisher geltenden Strafen werden erheblich erhöht und zwar von 10 000 auf 100 000 Mark.

Umzugsvergütung für Beamte.

Da die Umzugskosten bei Verfehlungen unter den jetzigen Verhältnissen einen außerordentlich hohen Stand erreicht haben, sind nach einer Regierungsordnung bestimmte Richtlinien in Zukunft zu berücksichtigen. Die Vorschriften für die Gewährung von Umzugskostenvergütungen bei Verfehlungen von Staatsbeamten haben bisher eine unterschiedliche Behandlung einer auf Ansuchen und einer von Amts wegen erfolgenden Verfehlung nicht vor. In Zukunft soll geklärt werden, ob bei Verfehlungen das persönliche oder das dienstliche Interesse überwiegt. Ergibt sich hierbei, daß das dienstliche Interesse an der Verfehlung nicht überwiegt, daß vielmehr für die Verfehlung die Rücksichtnahme auf die persönlichen Verhältnisse des Beamten bestimmend sein soll, so hat der Beamte eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß er bereit ist, instande ist, die sämtlichen, durch seinen Umzug entstehenden Kosten selbst zu tragen. Andernfalls wird dem Verfehlungsgesuch nicht nähergetreten werden können.

Dauernder Erwerb von Orden und Ehrenzeichen.

In einer Verfügung des preussischen Finanzministers wird gesagt: Es liegt im staatlichen Interesse, die Verleihung der Orden und Ehrenzeichen an die Inhaber und die Hinterbliebenen verkorbener Inhaber nicht nach bestimmten, eine geraume Zeit hindurch gleichbleibenden Preissätzen, sondern nach dem jeweiligen Preisstande des

Goldes und Silbers vorzunehmen. Die bisherige Preisliste und die zu ihr ergangenen Erhöhungen sind daher außer Kraft gesetzt. Haben Orden- und Ehrenzeichen-Inhaber oder nach deren Ableben die Hinterbliebenen den Wunsch zum künftigen Erwerb der Auszeichnungen, so ist in jedem Fall die Höhe des zu entrichtenden Preises beim Staatsministerium (G. D. R. Abw. Wilhelmstr. 63) zu erfragen.

Die Höherstufungen im Ortsklassenverzeichnis.

Der Reichsrat hat die Beschlüsse seiner Unterausschüsse über die Veränderungen im Ortsklassenverzeichnis gebilligt. Insgesamt sind 3525 Höherstufungen erfolgt. Auch die jetzt getroffenen Neuerungen würden, so äußerte der Berichterstatter, wahrscheinlich nicht die Wünsche aller Beamten befriedigen. Die Kosten der Nachschaltungen vom 1. April 1920 ab werden auf 2 Milliarden und fortlaufend für jedes Jahr auf 1 Milliarde veranschlagt.

Deutsch-Osterreich.

Die Überwachung der Finanzen. Deutsch-Osterreich geht im Hinblick auf seine Staatsfinanzverwaltung dem Schicksal der Türkei entgegen. Der Finanzanschuß des Völkerbundes hat von den Regierungen Englands, Frankreichs und der Tschechoslowakei die Mitteilung erhalten, daß sie beschlossen haben, der österreichischen Regierung Kredite zu gewähren. Diese drei Regierungen richteten nun an den Anschuß das Ersuchen, sich mit der österreichischen Regierung über die unverzügliche Ernennung eines finanziellen Beirates zu einigen, der bei der Durchführung der von der österreichischen Regierung und dem Finanzanschuß des Völkerbundes in Aussicht genommenen Finanzreform mitzuarbeiten hätte. Das bedeutet nichts anderes als eine interalliierte Überwachung der Finanzen Deutsch-Osterreichs.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Regierung weist alle mit Luftfahrzeugbau beschäftigten Firmen darauf hin, daß auf Grund der Entscheidung der Vorschaltkonferenz eine etwaige Ausnahme des Bauverbots von Luftfahrzeugen vor dem 5. Mai 1922 nicht nur gegen das Gesetz verstößt, daß auch die durch eine dann mögliche weitere Aufrechterhaltung des Bauverbots entstehenden Schäden gegen den Verursacher geltend gemacht werden können.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg in der Großhamburger Frage wurden auf den 9. März vertagt.

Machen. Wie verlautet, ist Weihbischof Bronemann nach dem Trierer Domkapitel zum Bischof von Trier gewählt worden.

Koblenz. Wie aus Machen, so wird auch aus Andernach die gesamte amerikanische Besatzung zurückgezogen, so daß sich nur noch in Koblenz-Ehrenbreitstein amerikanische Truppenteile befinden werden.

Paris. Argentinien und Brasilien haben an Italien das Ersuchen gerichtet, zur Teilnahme an der Genueiser Konferenz zugelassen zu werden.

Paris. Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Interalliierte Oberkommission in den Rheinlanden die Ausweisung des Notars Julius Budenheider in Landstuhl (Pfalz) aus dem besetzten Gebiet angeordnet, der zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt war wegen angeblicher französischfeindlicher Tätigkeit in Verbindung mit außerbüchlichen Beziehungen. Außerdem seien vier weitere Personen ausgewiesen.

Washington. Die infolge der Abrüstung zu erzielende Erparnis des amerikanischen Staatshaushaltes wird nach Schätzung des amerikanischen Sachverständigen in den nächsten 15 Jahren 5 Milliarden Dollar betragen.

Deutscher Reichstag.

(178. Sitzung.)

CB. Berlin, 2. März.

Die an erster Stelle der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehende Interpellation der Deutschen Volkspartei, die eine bessere Versorgung der Kriegsgeschädigten und Kriegs-Hinterbliebenen verlangt wird, wie die Regierung erklären ließ, in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Das Reichsarbeitsministerium, wurde hinzugefügt, befaßt sich schon seit langer Zeit mit der Frage und für den Monat März würden die bisher gewählten Lenkungsmaßnahmen verdoppelt. Darauf wandte sich das sehr schwach besetzte Haus der zweiten Beratung des Reichshaushaltes zu, und zwar wurde die Beratung fortgesetzt.

Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Stöckel (Soz.) erklärte, das Reichsfinanzministerium sei immer als Übergangsbehörde betrachtet worden. Wenn der Reichsrat aber dem Ministerium nur noch eine halbjährige Lebensdauer bewilligen wolle, so sei das eine bedenkliche Lösung. Die bedauerliche Überfülle von Behörden seien eine zwangsläufige Folge des Friedensvertrages. Den vielen internationalen Kommissionen müßten deutsche Behörden als Ausführungsglieder entsprochen. Der Betrieb müßte aber durch Zusammenlegung von Verwaltungen vereinfacht werden. Die Regierung sollte im Herbst eine Vorlage zur Vereinfachung der Verwaltung bringen. Alsdann behandelte der Redner das Aufheben der französischen Militärkommission im Rheinland. Am bedauerlichsten seien die Anlagen teurer Truppenübungsplätze für die Besatzungstruppen auf Deutschlands Kosten. Auf einem dieser Plätze müßten allein 190 Gebäude für französische Militär errichtet werden. Diese Flugplätze kosten nach dem Anschuß über 200 Millionen. Seit dem Waffenstillstand kostet die fremde Besatzung am Rhein etwa 16 Goldmilliarden.

Dafür werden die Reparationsleistungen verwendet. Die Anordnungen des französischen Besatzungsheeres übersteigen jedes Maß und widersprechen dem Rechtsgefühl. Mit dem deutschen Gelde wird von den französischen Generalen geradezu gewüßet. Auf diese Weise kommen die Milliardenbeträge zusammen, die die Steuerzahler zu leisten haben und die der Reparation verloren gehen. Für die Verminderung der Besatzung ist noch kein Ansat zu bemerken. Moralische Eroberungen machen die Franzosen auf keine Weise am Rhein nicht. Es sollte ein Schiedsgericht mit einem neutralen Vorsitzenden zur Begutachtung unerfüllbarer und berechtigter Forderungen eingesetzt werden.

Abg. Schult-Bromberg (Deutschn.) bemerkte, die Worte des Redners, die von der Linken vielfach noch als nationale Hebe bekämpft werden würden, zeigten ein erschütterndes Verständnis. Wenn dieses Verständnis weiter zunimmt, kommt

Der größte Teil der Zuständigkeit des Reichsfinanzministeriums ist heute schon auf andere Verwaltungen übergegangen, der Rest rechtfertigt nicht eine besondere Behörde. Wir beantragen die Vereinfachung des Reichsfinanzministeriums.

Hg. Dr. Gremer (D. Volksp.). Die Sparanstalt muß planmäßig einleiten, notwendig ist dazu ein groß angelegtes Reformprogramm auf der ganzen Linie. Die Sparanstaltsbewegung muß auf alle Ministerien ausgedehnt werden. Die ersten Schritte zur Sparanstalt sind allerdings gescheitert. Die Reichsfinanzverwaltung verdient volle Anerkennung dafür, daß sie schon vielfach den unzureichenden Anforderungen der Reichsfinanzverwaltung entgegengetreten hat. Im Arbeitsgebiet des Reichsfinanzministeriums sind hohe Korruptionsherde vorhanden. In der Beteiligung des Reiches an Industrieunternehmen darf das Reich nicht die Grenzen überschreiten, die durch die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Verwaltung des Reichseigentums gezogen sind. Die Ministerien müssen vermehrt werden. Ob man dabei mit dem Reichsfinanzministerium beginnt, ist eine andere Frage.

Hg. Lange (Zentr.) begrüßt mit Anerkennung den ernstlichen Willen der Regierung zum Abbau der Kriegsgesellschaft. Die Parteien der Rechten hätten am wenigsten Veranlassung, diese Gesellschaft zu verdammen, denn sie seien die eigentlichen Väter dieser Einrichtungen. Die immer stärker werdenden Lasten der rheinischen Bevölkerung seien auf die Dauer nicht zu ertragen. Das gesamte deutsche Volk müsse mit der rheinischen Bevölkerung zusammenstehen.

Reichsfinanzminister Bauer: Die Reichsregierung ist bemüht, die Lasten der rheinischen Bevölkerung zu mildern. Mit den rheinischen Gemeinden habe ich mich zur Behebung der Wohnungsnot verständigt. Es ist aber schwer, alle Wünsche dieser Gemeinden zu erfüllen. Dem Präsidenten der Reichsfinanzverwaltung ist es gelungen, nach eingehenden Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden zu einer Verständigung zu gelangen.

Des weiteren ging der Minister auf verschiedene unerfreuliche Vorgänge ein, die sich im Bereiche des Reichsfinanzministeriums ereignet haben. Besonders beschäftigt er sich auch mit dem Falle Moraviz.

Hg. Götting (Dent.) erkannte an, daß das Reichsfinanzministerium aufgehoben werden müsse, aber er bezweifelte, daß dies schon innerhalb eines halben Jahres möglich sei. Weiter machte er geltend, daß wir zur größten Sparanstalt kommen müßten, und daß aus diesem Grunde mit dem Erlaß neuer Gesetze etwas gewartet werden müsse, damit nicht immerfort neue Beamte notwendig werden.

Reformen im Postbetrieb.

Eine Denkschrift der Regierung.

Dem in der Öffentlichkeit bestehenden Wunsche, über die als notwendig anerkannten Ersparnis- und Vereinfachungsmaßnahmen im Betriebe der Post- und Telegraphenverwaltung näheres zu hören, kommt eine Denkschrift des Reichspostministeriums an den Reichstag entgegen. Danach werden die bisher eingeleiteten und noch beabsichtigten Änderungen in Verbindung mit der Vereinfachung des Geschäftsbetriebes im Ministerium selbst eine

Verringerung des Personalbestandes

in absehbarer Zeit zur Folge haben. Ebenso wird im Verlaufe späterer Jahre eine Verringerung der Oberpostdirektionen von 45 auf 35 möglich sein. Ferner bedarf die Frage, ob die Bahnpostämter, die die Beförderung und Bearbeitung der Posten in den Eisenbahnzügen zu besorgen haben, in der vollen Zahl noch nötig sind, einer Prüfung. Dagegen erscheint eine noch weitergehende allgemeine Einschränkung der Schalterdienstzeiten, der Briefkastenleerungen und Befestigungen nicht für angängig. Der Postfuhrbetrieb, der enorme Ausgaben verschlingt, soll auf das unumgängliche Maß zurückgeführt werden, und zwar durch größere Quantitätsnahme der Straßenbahnen und durch den Kraftfahrverkehr, der leistungsfähiger ist und geringere Betriebskosten als die Verwendung von Pferden verursacht. Der Bahnpostbetrieb ist gegenüber der Vorkriegszeit erheblich eingeschränkt worden. Von erheblicher Bedeutung für die Höhe der Betriebskosten ist die Regelung des Nachdienstes. Auch hier ist eine Verringerung vorgesehen.

Die Verkehrssicherheit im Postbetrieb

hat sich im Laufe der letzten Jahre erheblich gebessert. Den Bemühungen der Postverwaltung ist es gelungen, die Fälle des Abhandenkommens und der Verabreichung von Postsendungen allmählich bis auf ein Zehntel des Höchstumfanges während des Krieges einzudämmen. Die Arbeitszeit bedarf für den Bereich der Reichspost- und Telegraphenverwaltung noch einer ins einzelne gehenden grundsätzlichen Regelung, bei der die volle Heraushebung der Arbeitskraft ohne Durchbrechung der Grundlinien des Achtstundentages unter Vermeidung jeder Überanstrengung der Beamten sichergestellt werden muß. Die Denkschrift stellt schließlich fest, daß die bereits vollzogenen Vereinfachungen und Vereinfachungen in den Verkehrseinrichtungen, im inneren Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechnetz, in der planmäßigen Verringerung und Umgestaltung des Personals usw. eine Ausgabenverminderung um einige Millionen Mark zur Folge gehabt hat.

Woher kommen unsere Soldaten?

Die Vorbildung der Reichswehrangehörigen.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurden beim Etat des Reichswehrministeriums einzelne Mitteilungen über die berufliche und schulmäßige Vorbildung unserer Reichswehrsoldaten gemacht. Es handelte sich um die Frage des bürgerlichen und beruflichen Unterrichts für die Soldaten, wobei ein Antrag angenommen wurde, einen parlamentarischen Beirat für Erziehung- und Bildungsangelegenheiten beim Reichswehrministerium einzusetzen. Dabei teilte der Oberst v. Haack seine praktischen Erfahrungen mit dem Unterricht mit. Man müsse sich namentlich im Anfang vor Überanstrengung hüten. Zunächst müsse einmal der Reichswehrangehörige soldatisch vollkommen ausgebildet sein, dann könne man ihm auch wissenschaftlichen Unterricht geben. Der Oberst trat dafür ein, daß erst vom vierten Dienstjahre ab mit dem allgemein wissenschaftlichen Unterricht begonnen werden möge.

Von den Soldaten, die bisher an diesem Unterricht teilgenommen haben, besuchten eine neunklassige Mittelschule 714 (darunter alle Offizieranwärter), Oberleutnantschule hatten 287, vier Jahre haben eine höhere Schule besucht 770, eine Fachschule haben besucht 2073, eine sieben- bis achtklassige Volksschule ohne Fortbildung 15 555, eine fünf- bis sechsklassige Volksschule 10 380, eine ein- bis zweiklassige Volksschule 7067.

Der Beruf der am bürgerlichen Unterricht teilnehmenden Soldaten war folgender: Handwerker 11 855, Kaufleute 2627, gelernte Arbeiter 5735, ungelernte Arbeiter 6308, Bandarbeiter 5929. Zurzeit nehmen teil: An dem allgemeinen Unterricht (viertes bis sechstes Jahr) 24 283, an allgemeinem Beamtenunterricht 15 544, am gewerblich-technischen handwerklichen Unterricht 1905, am landwirtschaftlichen Unterricht 944, im Ganzen 42 726. Die übrigen Beamte gehören den drei ersten Jahrgängen an, sind also vom bürgerlichen Unterricht noch befreit.

Hochzeit am englischen Königshofe.

Der Begeisterungskrausch der Londoner.

Am Fastnachtsdienstag fand in London die Vermählung der einzigen Tochter des englischen Königs, Prinzessin Mary, mit dem Viscount Lascelles statt. Die Hochzeitfeier gestaltete sich zu einem wahren Volksfest, da man es der Prinzessin offenbar hoch anrechnete, daß sie aus freier Wahl einem Manne von nicht königlichem Geblüt die Hand zum ewigen Bunde gereicht hat. Es kommt noch hinzu, daß der Viscount Lascelles ein Kriegsheld ist: er führte während des Weltkrieges ein Garderegiment und ist schwer verwundet worden.

Ganz London befand sich denn auch in einem wahren Begeisterungskrausch. Auf den Straßen, die der Hochzeitszug passieren mußte, stauten sich Hunderttausende von Menschen, die zum Teil schon lange vor Mitternacht ihre Plätze eingenommen hatten, um nur ja nichts zu verpassen. Die Frühzüge brachten dann noch weitere Menschenmassen, die aus den Vororten und auch aus entfernten Städten und Dörfern herbeigeströmt waren. Fast jedes Gebäude des Westens war mit Flaggen geschmückt, und die Zuschauer taten noch ein übriges, indem sie vor jedem Hochzeitsgast, der ihnen einigermaßen „bedeutend“ vorkam, unter lautem Hurrageschrei kleine Fähnchen schwenkten. Den Höhepunkt erreichte der Jubel und Trubel, als das Königspaar mit der Witwe Edwards VII. und das Brautpaar zur Kirche der Westminsterabtei fuhren. Eine Eskorte der königlichen Garde gab der Auffahrt ein besonders festliches Gepräge.

Bei der Eröffnung, die vom Erzbischof von Canterbury vollzogen wurde, waren außer der gesamten königlichen Familie anwesend hohe kirchliche Würdenträger, das diplomatische Korps, darunter der deutsche Botschafter Sthamer mit seiner Gattin, die Mitglieder der Regierung, hervorragende Politiker und zahlreiche Mitglieder des hohen Adels. Vielbemerkte wurde die Anwesenheit der Arbeiterführer und der Delegierten der großen Gewerkschaften. Unter den Ehrengästen befanden sich ferner Soldaten, die unter dem Viscount Lascelles gedient und ihn, nachdem er verwundet worden war, in Sicherheit gebracht hatten.

Es mag noch erwähnt sein, daß ein Mitglied der Familie Lascelles in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts englischer Botschafter in Berlin war. A.

Totales und Provinzielles.

Salver, den 4. März 1922

□ Der Freuden Sonntag. (5. März.) Weil am Sonntag „Quadragesimae“ oder, wie er meist in den Kalendern heißt, „Invocavit“ (nach dem Messiasgefang des 91. Psalm, der an diesem Tage in den katholischen Kirchen gesungen wird) die alten deutschen Vorfrühlingsbräuche in reicher Zahl üblich sind, hat der Sonntag nach Fastnacht im Volksmunde eine so große Anzahl verschiedener Namen erhalten wie wohl kein anderer seiner 51 Brüder. Als „Allermännchensach“ umfaßt er ein fröhliches neckisches Treiben, denn die Nachfastnacht, die in den meisten deutschen ländlichen Gegenden gefeiert wird, ist oft übermütiger als die richtige Fastnacht. In der Eifel z. B. wird von der Jugend eine Hütte aus Holz und Zweigen erbaut und gegen Abend angezündet — dadurch sollen die bösen Geister vertrieben werden. Als Hütten- oder Burgsonntag ist der Tag in Schwaben, Tirol und Vorarlberg bekannt; in der deutschen Schweiz heißt er Scheibensonntag, denn man läßt an diesem Tage eifrig ein lustig Scheibenschießen, wobei der beste Schütze die Tanzkönigin sich wählen darf. Der Name Funtensonntag stammt von einem bis zur Zeit der alten Germanen hin reichenden Brauche: die jungen Burgen nehmen trodene Scheiben von Erleholz, die in der Mitte ein Loch haben. Mit einem Eisenstabe werden die glühend gemachten Scheiben geschickt von den Bergen ins Tal hinabgeschleudert, so daß der Funtenregen in der Luft tanzt. Der Name Funtensonntag wird in der Schwarzwaldgegend von einem lederen Birnengericht abgeleitet, das an diesem Tage gebadet zu werden pflegt. Und so könnte man noch eine ganze Anzahl Namen nennen, ein Beweis dafür, daß noch viel Feiertagslust diesem ersten Sonntag nach Fastnacht anhaftet.

— Der Frühjahrs-Pferdemarkt auf dem städt. Viehhof in Elberfeld wird am Donnerstag, den 9. und Freitag, den 10. März abgehalten. Am Eingang wird ein Eintrittsgeld von 3 Mark am 1. Tage und 2 Mark am 2. Tage erhoben.

Von der Ennepe, 3. März. Große Regenmengen haben die Ennepetalperre zum Überlaufen gebracht. Die 12 600 000 Kubm. Wasserbestand sind erreicht. Zum letzten Male lief die Ennepetalperre in der Zeit vom 12. — 22. Januar 1920 über.

Lüdenscheid, 2. März. Ein Schornsteinfeger entdeckte, durch klägliches Wimmern aufmerksam gemacht, in einem Verschlage eines Hauses, in dem das Tageslicht nur spärlich eindrang, einen 45 Jahre alten verblödeten Mann, der dort von seinen Angehörigen seit acht Jahren eingesperrt gehalten wurde. Hände und Füße waren vollständig verwachsen. Der Unglückliche wurde ins Krankenhaus gebracht.

Breckerfeld, 2. März. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden zwei Erlahmänner, Rumpmann und Bodes in ihr Amt eingeführt. Für den verstorbenen Vertreter Carl Pfingsten wurde Gastwirt Eduard Höller in die Wohnungskommission, Schuhmacher Friedrich Bahlesfeld in die Finanzkommission, Kleinschmied Gustav Schweder zu Velle in die Kleinbahnkommission, Schuhmacher Friedrich Bahlesfeld in den Sparkassenvorstand und Kaufmann Ernst Böving in die Wasserwerkskommission gewählt. Zum Vorsitzenden des Sparkassenvorstandes wurde Kaufmann Gustav Hackenberg gewählt und für den verstorbenen Reimer Carl Steinbach wurde der Konditor Ernst Pfingsten in die Gesundheitskommission gewählt. Für die Instandsetzung der Chaussee von hier nach Priorei wurden 200 000 Mark bewilligt. Die Hundesteuer soll in Zukunft betragen für den 1. Hund 40 Mark, für den 2. Hund 100 Mark und für den dritten und jeden weiteren Hund 200 Mark, außerdem ist die vom Kreis festgesetzte Hundesteuer zu zahlen. Hinsichtlich des Antrages der vereinigten Handwerker und Gewerbetreibenden auf Staffelung der Gewerbesteuerzuschläge mußte darauf hingewiesen werden, daß der frühere Besteuerungsbeschluß für das Rechnungsjahr 1921 genehmigt und rechtskräftig geworden ist. Ueber den Antrag des Lehrervereins auf Haftpflichtversicherung für Veranstaltung außerhalb des Schulbetriebes sollen erst genauere Erhebungen über die Kosten für Personen- und Sachbeschädigung gemacht werden. In der Ortschaft Delle soll eine gemeindlich öffentliche Fernsprechstelle errichtet werden, wenn die

Antragsteller die Einrichtungskosten tragen. Nachdem die vorgelegte Vergütungssteuerordnung vorgenommen war, wurde zur Deckung der Restkosten für die Gemeindefortbauten eine Anleihe von 200 000 Mark beschlossen. Zur Förderung des Wohnungsbaues sollen zu den staatlich zu erhebenden Zuschlägen seitens der Gemeinde solche in Höhe von 15 Prozent des jährlichen Nutzungswertes rückwirkend vom 1. Oktober 1921 erhoben werden.

Plettenberg, 2. März. Die hiesige Gemeindevertretung beschloß für die Einrichtung einer Postautomobillinie Herscheid-Lüdenscheid die Uebernahme einer Garantiesumme von 7500 Mark. Die Gemeindefortbauten berechnet die Oberpostdirektion auf 140 000 Mark, wovon die Stadt Lüdenscheid 65 000 Mark, das Amt Lüdenscheid 20 000 Mark, Herscheid 22 500 Mark, Plettenberg 7500 Mark und der Kreis Altena 10 000 Mark aufzubringen hat. Die Kraftfahrzeuge sollen im Anschluß an die Züge von Plettenberg nach Herscheid verkehren. Die Fahrtdauer beträgt 45 Minuten und der Fahrpreis 1 Mark pro Kilometer. Die Automobillinie soll dem Personen- und Milchverkehr zugute kommen.

Münster, 2. März. Die Entführung zweier Kinder erregte hier großes Aufsehen. Die 13jährige Tochter und der 12jährige Sohn des Gutsbesizers Bischof wurden gestern von einem jungen Mann in der Schule mit dem Bemerkten abgeholt, ihrem Vater sei in dem benachbarten Volbeck ein Unglück zugestoßen. Diese Angabe stellte sich als Schwindel heraus und es begann alsbald eine rege Suche nach den Vermissten. Spät abends fand man sie in einem Walde zusammengebunden auf; sie hatten sich nicht regen dürfen, da ihnen der Entführer gedroht hatte, beim ersten Ruf würden sie erschossen. Der junge Mann war ein Knecht vom elterlichen Hofe der Kinder, der durch die Lektüre von Schundliteratur zu der Entführung und Fesselung der Kinder gekommen war; er ist verhaftet.

Elberfeld, 2. März. Der Mord im Eisenbahnzug. Die Untersuchung über die Explosion in einem Eisenbahnzug hat ergeben, daß es sich um einen vorbereiteten Mord an dem zu Tode gekommenen Wirt Helwig aus Barmen handelt, und daß die bereits vor einigen Monaten in Barmen in einem Eisenbahnabteil vierter Klasse erfolgte Explosion damit zusammenhängt. Auch damals hat sich Helwig in dem betreffenden Zuge befunden, blieb aber bei der Explosion unversehrt, während ein Mitreisender getötet und mehrere andere verletzt wurden. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden. Er hat seit längerer Zeit den Wirt Helwig auf seinen Reisen verfolgt. Auf das Ergreifen des Täters wurde von der Eisenbahnverwaltung eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt. Auch vom Regierungspräsidenten steht eine Belohnung in Aussicht.

Aleine Nachrichten.

Die Überleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien.

DA. Berlin. Der Gesetzentwurf zur Überleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien, der dem Reichstag vom Reichsminister des Innern bereits zugegangen ist, umfaßt nur einen Artikel der die Reichsregierung ermächtigt, im Verordnungswege diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Überleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien in dem auf Grund des Verfallers Vertrages bestehenden Teile von Oberschlesien erforderlich sind, sobald seine Verwaltung von den deutschen Behörden wieder übernommen ist.

Dr. Hermes wünscht Entscheidung über das Finanzministerium.

DA. Berlin. Der Reichsfinanz- und interimistische Reichsminister Dr. Hermes hat dem Reichskanzler mitgeteilt, daß im Interesse der geordneten Führung der Geschäfte des Reichsfinanzministeriums die Ernennung eines endgültigen Reichsfinanzministers dringend erforderlich sei. Dr. Hermes hat den Reichskanzler gebeten, sich in möglichst kurzer Zeit in dieser Frage zu entscheiden.

Fälschung von Dollarnoten.

Frankfurt a. M. Aus Vankreisen wird darauf hingewiesen, daß neuerdings wieder verschiedene falsche Dollarnoten in Verkehr gekommen sind. So ist es den Fälschern gelungen, durch raffinierte zeichnerische Tricks echte Noten von einem Dollar in solche von 100 Dollar umzuwandeln und sie auch, da bei der Lebhaftigkeit des Geschäfts die Prüfung nicht immer sorgfältig stattfindet, abzusetzen.

Die Elsfässer im französischen Meer.

Paris. Vom Jahrgang 1920 sind 82 Prozent, vom Jahrgang 1921 sind 80 Prozent Elsfässer-Löcher zum französischen Goldminenbau für tauglich befunden worden. Im Innern Goldminen schwankt die Zahl zwischen 65 Prozent und 70 Prozent.

Die Einwohnerzahl Belgiens.

Brüssel. Die alljährlich stattfindende amtliche Volkszählung in Belgien hat folgendes Ergebnis gehabt: Am 31. Dezember 1921 zählte Belgien insgesamt 7 458 939 Einwohner, und zwar 3 668 780 Männer und 3 790 159 Frauen.

Churchill über Palästina.

London. Kolonialminister Churchill hat die von der arabischen Deputation aus Palästina gegen die geplante Verfassung für Palästina vorgebrachten Beschwerden dahin beantwortet, daß er keine amtlichen Besprechungen mit Personen führen könnte, die behaupten, die Bevölkerung Palästinas in ihrer Gesamtheit oder zum großen Teil zu vertreten, da noch kein offizielles System einer Vertretung für Palästina eingeführt worden sei.

Ungarisch-russische Wirtschaftsverhandlungen in Berlin.

DA. Budapest. Im Auftrage der ungarischen Regierung hat sich der Direktor des Fabrikbesitzerbundes, Fenyö, nach Berlin begeben, um mit der dortigen russischen Handelsmission über die Frage der Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Ungarn und Rußland zu verhandeln. Ungarn wünscht in erster Reihe Waggons, Lokomotiven und elektrotechnisches Material nach Rußland zu liefern.

Polnische Anleiheverhandlungen in Paris.

DA. Warschau. Ein Delegierter des polnischen Finanzministeriums, der Abgeordnete Radziszewski, weilt gegenwärtig in Paris und führt Verhandlungen mit französischen Finanzleuten zwecks Bewilligung einer Anleihe für Polen. Die Vertreter der größten Pariser Banken erklärten sich zwar bereit, im Laufe eines Jahres ungefähr 1 Milliarde Frank für eine polnische Anleihe zu garantieren, aber nur, falls die französische Regierung die Garantie für die Sicherheit des Geldes übernimmt.

Espanische Kritik an der französischen Politik.

Madrid. Wie die Zeitungen berichten, gestalten sich die spanisch-französischen Handelsverhandlungen weiter schwierig. „El Debate“ läßt in seinem Leitartikel scharfe Kritik an Frankreich, das in der Absicht, Deutschland zu ruinieren, gegen den aller notwendigen Frieden Obstruktion treibe.

Neuordnung des russischen Salzmonopols.

Moskau. Mit dem heutigen Tage wird das bisherige Salzmonopol durch eine neue Ordnung ersetzt. Das Salz wird von den Gewinnungsarten ausschließlich durch das Salzindikat „Solt“ abgegeben; die Beförderungsbedingungen werden wesentlich erleichtert.

Verhängnisvoller Dammbruch.

Drei Dörfer völlig überschwemmt.

Breslau, 2. März.

In der Nacht zum 1. März wurde in Treschen, dem in der Nähe von Breslau gelegenen Dorfe, der Damm in der Breite von sechs Metern durch Eis gebrochen. Die Einbruchsstelle erweiterte sich hier bis auf 20 Meter. Innerhalb einer Viertelstunde war das ganze Dorf überschwemmt.

Die ganze Größe der Überschwemmungskatastrophe ist sich jedoch erst am gestrigen Morgen übersehen. Die Dörfer Treschen, Kottwitz und Neuhäus waren von der Umwelt völlig abgeschnitten. Ein großer Teil der Häuser wurde weggeschwemmt. Die Bewohner suchten Zuflucht auf den Dächern und sind zum Teil nach einem sehr landeinwärts gelegenen Dorfe übergesiedelt. Zahlreiches Vieh ist in den Fluten umgekommen. Menschen sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Der Schaden ist erheblich, zumal die Häuser sämtlich verschlammte sind.

Die Katastrophe wird darauf zurückgeführt, daß in Folge des plötzlich eingetretenen Eisganges die Eismassen in das Oberflut bei Treschen gedrückt wurden. Schon einige Tage vorher war man bei der Strombauverwaltung ersichtlich geworden, man möge Sprengungen vornehmen, damit das Eis gelodert würde und oberwärts treiben könne. Diese Sprengungen wurden jedoch nicht vorgenommen, weil man befürchtete, durch das plötzlich eintreffende Eisreiben könnten die in der Nähe Breslaus liegenden Bahnen, mit wertvollem Material beladen, Schaden nehmen.

Auch in Oberschlesien besteht Überschwemmungsgefahr, besonders für Ratibor, wo das Wasser noch ständig im Steigen ist. Auch Gleiwich und Kattowitz haben unter dem Hochwasser zu leiden; dagegen ist bei Rosel bereits ein Fallen des Wasserstandes zu verzeichnen.

Wasserkatastrophe in Baden.

Nach einer Meldung aus Freiburg i. B. ist der im Gebiet des Welchen liegende Nonnenmattweiher infolge des starken Wasserdrucks als einer Folge der Schneeschmelze ausgebrochen. Ungeheure Wassermengen bedrohen das Elektrizitätswerk Neuberg. Das Dorf Büschau hat schweren Schaden erlitten, ebenso das Sägewerk bei

Wärmit. Große Mengen Baumstämme wurden zu Tode geführt. Zahlreiche Brücken und Stege wurden zerstört. Verluste an Menschenleben sind bisher nicht bekannt geworden.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Zwei Millionen Mark für die Kleinaktionäre der „Pfälzischen Bank“. Die in der letzten Generalversammlung der Pfälzischen Bank angeführte Hilfsaktion für die durch den Zusammenbruch des Instituts geschädigten bedürftigen Kleinaktionäre ist nunmehr zustande gekommen. Von den Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Zentraldirektion in Ludwigshafen sollen je 100 000 Mark für diese Hilfsaktion gezeichnet worden sein, was zusammen zwei Millionen Mark ergeben würde.

Arbeiter und Angestellte.

Halle. (Ende des Mansfelder Bergarbeiterstreiks.) Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ist es zu einer Einigung im Lohnstreik im Mansfelder Bergbau gekommen. Die durch Schiedsspruch festgesetzte Zulage von 11 Mark pro Schicht für Februar bleibt bestehen. Für März tritt eine weitere Erhöhung um 10 Mark pro Schicht hinzu. Der Gehaltsgleich wird auf 6 Mark erhöht. Die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

* Das Urteil im Düsseldorf-Gesundheitsprozess. Gegen eine Reihe von Personen hat die Besatzungsbehörde in Düsseldorf wegen der Verschuldung der Zugehörigkeit zur Brigade Ehrhardt Strafen verhängt. Zwei Personen wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen 21 Personen, die sämtlich aus dem Brückenkopfgebiet gestrichelt sind, wurde ein Urteil auf je einen Monat Gefängnis und auf Ausweisung erlassen.

* Sühne für das Harburger Kinostück. Das schwere Kinostück, das sich am Totensonntag vorigen Jahres in Harburg ereignete und bei dem mehrere Kinder getötet oder schwer verletzt wurden, fand jetzt vor der Strafkammer sein gerichtliches Nachspiel. Das Urteil lautete gegen den Vorführer Albert Voigt auf 15 Monate Gefängnis und gegen die Inhaberin des Kinos, die Ehefrau des Ingenieurs Schaffrinski, auf 2 Jahre Gefängnis.

Patentbericht

mitgeteilt vom patent- und techn. Büro Konrad Köchling, Hagen i. W., Elberfelderstr. 34, Fernsprecher 3436.

a) Patentanmeldungen: Wilhelm Heinrich Hugo Lennhoff, Halver, bei Brüggel i. W., Blumentopfschutzbehälter.

b) Gebrauchsmuster: Lüdenscheider Metallwerke, A.-G. Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid, Anschlußkuppelung für elektrische Heizkörper. — Lüdenscheider Metallwerke, A.-G., Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid, Rastenplatte für elektrische Drehschalter. — Lüdenscheider Metallwerke, A.-G., Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid, mit der Anschlußklemme verbundene federnde Kontakthülse. — Lüdenscheider Metallwerke, A.-G., Julius Fischer & Basse, Lüdenscheid, Sicherungsspatrone für elektrische Installationsapparate. — Wilhelm Hermann, Lüdenscheid, Knettrichter mit auswechselbaren Scheiben für Bauteile zur Verwendung an Fleischmaschinen. — Heinrich Jung & Co., Halver i. W., Vorform zur Herstellung von Federbunden u. dergl.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

5. März veränderlich, ziemlich milde, windig.
6. „ wenig verändert.
7. „ veränderlich, Niederschläge, kühl.
8. „ kaum verändert, trocken.
9. „ Wolken, teils Sonne, stichweis Niederschlag, kühl.
10. „ wenig verändert.
11. „ Wolken, Sonne, Tags milde, windig.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver, Westf.

Statt jeder besonderer Anzeige.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute morgen 3 1/2 Uhr plötzlich und unerwartet unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau

Wwe. P. Fr. Dahlhaus

Henriette geb. Kerspe

im Alter von 84 Jahren in die Ewigkeit zu rufen.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden hinterbliebenen Kinder.

Collenberg b. Halver, den 3. März 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den 6. März nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden dankend verboten.



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen 6 Uhr nach kurzem Leiden unsern lieben herzensguten Bruder, Schwager und Onkel

Rentner Carl Fischer

im Alter von 82 Jahren 4 Monaten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefem Schmerz:

Geschwister Fischer.

Rönsahl, den 3. März 1922.

Die Beerdigung findet am Montag, den 6. März nachm. 4 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Kranzspenden waren nicht im Sinne des Entschlafenen.

Der Backlohn

für ein 6-pfündiges Schwarzbrot beträgt vom 1. März ab 3 Mk.

Zwangsinnung für das Bäcker- und Konditoren-Handwerk im Amt Halver.

Wilhelm Vogelbruch,

Halver, Langenscheid, Telefon 188

liefert sofort ab Lager:

Dreikmaschinen, Düngerspreier, Breidreismaschinen, Stütendreismaschinen, Getreide-Reinigungsmaschinen, Häckselmaschinen, Kreisfägen, Rübenschneller, Tauchpumpen, Wendepflüge, Kultivatoren, Ader- und Wieseneegen, Aderwalzen, Sandbrechen, Buttermaschinen Separatoren.

Wasch- und Nähmaschinen.

Wir suchen für sofort oder bald

einen tüchtigen

Breitemeister

unter neuen schwer. Federhammer.

Ferner einen

Schuppen-

schmiedemeister.

Gross & Kaiser

Schalksmühle i. W.

Ein

Bressen- und

ein

Blazarbeiter

für dauernde Beschäftigung per

sofort gesucht.

August Berghaus,

Eisenwarenfabrik,

Oberbrügge i. W. eff.

Bäuerl Bezugs- und Abh- Genossenschaft Kierspe-Bf.

Am 11. März cr. nachmittags
5 Uhr im Hotel Cramer

außerordentliche
Generalversammlung.

Tagesordnung:

Verkauf eines Grundstückes.

Der Vorstand.

20—25000 Mk.

zur stillen Beteiligung
bei 15% Zinsvergütung

vom bestehenden Metallgeschäft
zur Vergrößerung gesucht.

Gest. Angebote erbeten unter
H. 467 an die Geschäftsstelle
des Allg. Anzeigers Halver.

Violinunterricht

erteilt gründlich

Ed. Larsson, Halver,
Hochstraße 21.

Fast neuer

Federwagen (Break)

und

Zentrifuge

150 Liter stündliche Leistung

verkauft

Wilhelm Hohage,

Windfuhr-Kierspe-Bahnhof.

Für die Konfirmation

empfehle

Gesangbücher

in schöner Auswahl.

Wilh. Bell jr., Halver.

Charakter

nach Handschrift beurteilt. Schick
Verh. i. Liebe, Ehe, Geschäft, u. a.
Folgen nach kaufm. psych.
Anlagen als wiss. Verf. umsonst.
Nur Schrift und Geburtsd. einf.

Böhm, Leipzig 99,
Frankfurterstr. 2.

Am Montag, den 6. März
habe ich eine große Auswahl

Odenburger

Schweine

in Kierspe-Bahnhof.

Carl Bollmer.

Wir stellen eine Anzahl

Jungen

und

Mädchen

ein, die Eltern die Schule verlassen.

Ferner suchen wir für sofort

mehrere

Montierer

und

Montiererinnen.

Gebr. Berfer,

elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle i. Westf.

Für Kontor- und Lager einen

kräftigen

Lehrling

mit guter Schulbildung zu Ostern

bei gutem Lohn gesucht.

Schriftliche Angebote an

Bäuerl. Bezugs- und Abh-
Genossenschaft Kierspe-Bf.

Verloren!

Am Mittwoch mittag

ein Zugstrang

von Berlinerstr. 55 bis zur

Rege. Der ehrliche Finder wird

gebeten, denselben gegen Be-

lohnung abzugeben.

An wen, sagt die Geschäfts-

stelle des Allg. Anzeigers

Arbeiterinnen

für leichte saubere Arbeit sofort

gesucht.

Alfred Nöckel, Oberbrügge

Suche für sofort oder in 14

Tagen einen tüchtigen

Pressenarbeiter

für automatische Presse und

Rollmaschine bei dauernder und

lohnender Beschäftigung.

Wilhelm Lumberg,

Carthausen i. W.

Zigarren! Zigaretten

Kauch- und Kautabale

nur beste Qualitäten!

Edle Bräuerereisen u. -Magen

Zigarren- u. Zigarettenspitzen

Zakadkosen und -Beutel.

Zigarren- u. Zigarettenetuis

in großer Auswahl empfiehlt

Fritz Hermann Bohmer,

Schalksmühle.

Trauerbriefe

werden schnell und billig

: : angefertigt in der : :

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.

Führer durch die Geschäftswelt.

Schalksmühle:

Eduard Grüber, Maßgeschäft.
 Ältestes Geschäft am Plage Fernruf Nr. 219.

Lager in den neuesten in- und ausländischen Stoffen.

Gust. Schröder

Telephon 37

Haus- und Küchengeräte
 Lieferung kompletter Aus-
 steuern franko Haus.

Grosse Auswahl in Geschenkartikeln.

Hugo Schnöring, Telephon 136

Fabrikation landw. Maschinen u. Geräte

fabriziert und liefert unter Garantie

Wendepflüge mit und ohne Selbstführung,
 sowie fam. landw. Maschinen und Geräte.
 Reparaturen werden prompt u. fachgemäß ausgeführt.

Fernruf 140 **Robert Zapp** Fernruf 140

Kolonialwaren, Delikatessen,
 ff. Würstwaren,

Krügers und Krefis Zwiebad.
 Tabak, Zigarren, Zigaretten etc.

Gust. Eichholz

Herren-, Burschen- und Knaben-
 Konfektion, Arbeiter - Garderobe.
 Normalwäsche, billigste Einkaufsgelegenheit
 für
 Baumwollwaren

Adler-Drogerie Aug. Cordt

Empfehle noch zu allen Preisen:

Zigarren, Zigaretten, Artikel zur Haar-
 Haut- und Zahnpflege, Celluloidwaren,
 Seifen, Parfüm u. s. w. u. s. w.

Empfehle Ia. Qualitäten

in

sämtlichen Kolonialwaren.

W. Heedfeld.

Fernruf Nr. 5.

Herm. Kornblum

Fernsprecher Nr. 138.

Manufaktur-, Kurz-, Weiss-
 und Wollwaren.

Carthausen-Heesfeld:

Rud. Johann, Carthausen

Kolonialwaren,
 Delikatessen,
 Würstwaren.

Tabak: Zigarren: Zigaretten etc.

Kierspe:

Wwe. Gustav Köhler

Manufakturen-, Betten-
 und Aussteuer-Geschäft.

Alte & Dörscheln

Ausführung elektr. Licht- und
 Kraftanlagen, sowie Lieferung
 sämtlicher Zubehörteile
 zu billigsten Preisen.



Wilh. Diebel

Billigste Bezugsquelle in
 Nähmaschinen, Fahrräder

Reparatur-Werkstatt.

Kierspe-Bhf.:

Margarine

Schmalz Speck

und

Back-Del

kaufen Sie gut billig bei

Aug. Bollmerhaus.

Zahn-Atelier Rogge

Fernsprecher 220 Amt Meinerzhagen.

Zahn-Ersatz mit und ohne Gaumenplatte,
 Reparaturen an Gebissen in kurzer Zeit,
 Zahn- u. Wurzelziehen mittels Betäubung.
 Zugelassen bei den Krankenkassen.

Wipperfurth:

Stein- und Bildhauerei **Peter Horn.**

Grabdenkmäler

in allen gebräuchlichen Steinarten
 nach eigenen und gegebenen Entwürfen.

EUGEN KAPPES, Unterstr. 17
 empfiehlt I. Etage

Knöpfe für die Herren- und Damen-Konfektion
 sowie für jeden Zweck aus allen vorkommenden Ma-
 terialien und in allen Grössen, Farben und Formen
 Anfertigung von Stoffknöpfen aus jedem Stoff
 und in allen Grössen und Formen
 Knopfformen zur Herstellung von Stoffknöpfen
 mit der Hand ohne Maschine in allen Grössen und
 Formen. — Grösstes Lager am Platze. —

Halver:

Konfirmations-Geschenke

finden Sie in großer Auswahl bei
Ernst Bergmann.

Bürger & Streppel

Berlinerstr. 18

Telephon 82

Haus- u. Küchengeräte
 Landw. Frühjahrsbedarfsartikel
 Werkzeuge etc. etc.

Photogr. Atelier Kaiser

Anfertigung vorzüg-
 licher Photographien

Berlinerstr. 5. Berlinerstr. 5.

Für die Wintermonate

empfehle: Med.-Lebertran, Emulsion,
 Glycerin, Hautkreme, milde Toiletten-
 Seifen, sowie vorbeugende Mittel
 gegen Husten, Heiserkeit u. Erkältung
 Halversche Medezinal-Drogerie
 Frankf.-Str. 22. Carl Menke Fernruf 281.

Druckfachen

aller Art werden ange-
 fertigt in der Buchdruckerei
 Wilh. Bell jr., Halver.

Halver:

Empfehle in Auswahl
 14 Karat gold. Trauringe, moderne Fassons
 per Paar von 800 Mark an
 moderne Fassons
 per Paar von 480 Mark an
 goldene Herrenringe von 90 Mark an
 goldene Damenringe von 65 Mark an
 Reparaturen werden gut und äusserst billig be-
 rechnet ausgeführt. Altes Gold und Silber wird gekauft
 oder in Zahlung genommen.

E. Alte, Uhrmacher, Frankfurterstr.

Hugo Köhler

Fernsprecher 58

empfehle

elektr. Heizöfen, Kochtöpfe, Bügeleisen
 Beleuchtungskörper u. s. w.

Zahn-Atelier

Anfertigung von Gebissen, Plomben,
 Reinigen der Zähne,
 Zahnziehen mit Betäubung.

Fritz Hedderich Fernruf Nr. 207.

Geben eingetroffen:

Frisches

Gemüse, Blumen-

kohl, Krauskohl, Rotkohl,
 Rappus, Porree, Sauerkraut, Schlemmer-
 honig, Äpfel, Apfel-
 sinen u. Kokos-
 nüsse.

Gebr. Haase, Berlinerstr. 4.

Telefon 308

Telefon 308.

Wir bieten an zu vorteilhaften Preisen:

Rhein-, Nahe-,
 Pfalz-, Mosel-,
 Saar- u. Ruwer-

Weine

Bordeaux-, Burgunder- und Süd-Weine
 aller Jahrgänge.

Borbentel-Weine: 1918er Jphöfer

Strid natur, 1919er Rübelseer Hohenbusch: —: 1920er
 Eghendörfer Lump Auslese.

Wir garantieren für vollmundige,
 glanzhell haltbare Qualitätsweine.

Geb Brüder Causberg,

vormalis C. Causberg Wwe.

Telefon Nr. 191.

Empfehle

Zigarren: Zigaretten: Rauchtabake

Echte Brupere-Pfeifen und -Mugen

Schokolade

Robert Schilling, Berlinerstr. 56.

Carl Giersieper

Fernsprecher 163

Fernsprecher 163.

Maschinen-Bauanstalt

Lieferung sämtlicher
 landw. Maschinen.

Empfehle in schöner Auswahl:
 Ia. Taschenmesser u. Sackmesser, Tabaksdosen,
 Zigarettenetui in Stahl und Alpaca,
 Celliers und Medaillons
 von 25 Mark an:

Reparaturen an Uhren und Goldwaren sowie an
 optischen Artikeln werden innerhalb 8 Tagen erledigt
Franz Schneider, Uhrmachermeister
 Frankfurterstr. 4.

C. Sastentrath

Manufakturwaren,
 und Konfektion ::

? Wollen Sie noch billig rauchen?
 und gut
 so besuchen Sie das
 Zigarren-Spezial-Geschäft
Ernst Feld, Hohenzollernpark.

Aug. Eicker jr., Schwenke. Telephon.

Nr. 261

Maschinen- u. Pflugbau-Anstalt

Reparatur-Werkstatt.

Lieferung sämtlicher landwirtsch. Maschinen
 und Geräte. Spezialfabrikate: Wendepflüge,
 Schälplüge, Kultivatoren, Eggen, Sackhebekarren.

Wochen-Merkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver: Sonntag,
 5. März Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor
 D. Dresbach. Besprechung des Presby-
 teriums. — Vorm. 11-Uhr: Kindergottes-
 dienst. — Freitag abend 8 Uhr: Passions-
 gottesdienst. — 8 1/2 Uhr: Kirchlicher
 Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, den
 5. März: Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntagss-
 chule. — Nachm. 4 1/2 Uhr: Bibelstunde.
 Herr Stadtmisionar Röder, Breckerfeld. —
 Nachm. 5 1/2 Uhr: Jungfrauenverein,
 Bibelbesprechung. — Abends 8 Uhr: Jüng-
 lingsverein. — Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Missionsarbeitsstunde. — Mittwoch, abends
 8 Uhr: Männerchor. — Donnerstag, abends
 8 1/2 Uhr: Blautengemeinde, Bibelbespre-
 chung.

Freie evang. Gemeinde Halver, Berlinerstr. 27a
 Sonntag, den 5. März: morgens 9 1/2
 Uhr: Erbauungsstunde. — Nachmittags
 1 1/2 Uhr: Sonntagsschule. — 4 Uhr:
 Bibl. Vortrag. — Abends 8 Uhr:
 Männer- und Jünglingsverein. Donner-
 stag abend 8 1/2 Uhr: Bibelbesprechstunde

Evang. Gemeinde Schalksmühle. Sonn-
 tag 9 1/2 Uhr: Weihe. — 10 Uhr:
 Gottesdienst u. heilig Abendmahl. —
 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst. — 3 Uhr:
 Jungfrauenverein. — Dienstag abend
 8 1/2 Uhr: Jungfrauenverein. — Mittwoch
 nachm. 5 Uhr: Passionsgottesdienst. —
 Abends 8 1/2 Uhr: Bibelstunde. — Don-
 nerstag abend 8 1/2 Uhr: Vorbereitung
 zum Kindergottesdienst und Posaunenchor.
 — Freitag abend 8 1/2 Uhr: Jünglings-
 verein, Bibelbesprechung.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Fritz Förster, Schmidtsiepen bei
 Oberbrügge, eine Tochter. — Otto Simon,
 Halver, eine Tochter. — Martin Sielisch,
 Schöneberge bei Halver, ein Sohn.

Verlobte: Meta Bahfeld, Siepen bei
 Kierspe und Hugo Kranenberg, Hünüber
 bei Radevormwald. — Gertrud Engelhardt,
 Breckerfeld und Carl Engels, Minden.

Vermählte: Robert Weder und Paula geb.
 Müller Halver.

Gestorben: Frau Ida Junge geb. Escher,
 Bogelsang, 72 J., gest. 27. 2. — Frau
 Hermann Hager, Anna geb. Over, 59 J.,
 Romberg bei Kierspe, gest. 24. 2. —
 Frau Julius Bollmann, Wilhelmine geb.
 Wirt, 63 J., Dörscheln bei Königsf., gest.
 22. 2. — Paul Steltmann, 44 Jahre,
 Breckerfeld, gest. 21. 2. — Carl Fischer,
 Königsf., 82 J., gest. 3. 3. — Gertha
 Sinn, Brügge, 9 J., gest. 2. 3. — Ww.
 Clara Kemper, geb. Pleisch, 80 Jahre,
 Kierspe-Bhf., gest. 1. 3. — Ww. P. Fr.
 Dahlhaus, Henriette geb. Kierspe, 84 J.,
 Cöllenberg b. Halver, gest. 2. 3.

Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!